

Christin Bernhold

Deutsche Entwicklungspolitik und Staatsaufbau im Südsudan

Keywords: German development policy, South Sudan, state-building, peace-building, civil war, imperialism

Schlagwörter: Deutsche Entwicklungspolitik, Südsudan, Staatsaufbau, Friedensbildung, Bürgerkrieg, Imperialismus

Im Juni 2011 wurde nach einem Unabhängigkeitsreferendum ein neuer Staat, der Südsudan, gegründet, nachdem eine Mehrheit von fast 99 Prozent der SüdsudanInnen dafür gestimmt hatte. Der Sezession vom Sudan war ein Friedensprozess vorausgegangen, der einen jahrzehntelangen Bürgerkrieg zwischen der sudanesischen Armee (SAF) unter Präsident Omar al-Bashir und der südsudanesischen Befreiungsbewegung/-armee (SPLM/SPLA) beendete. Für kurze Zeit war das neue Land zugleich als Musterschüler für Staatsaufbau und als Hoffnungsträger für die friedliche Entwicklung ehemaliger Konfliktgebiete in der deutschen Öffentlichkeit präsent. Die Scheidung vom Sudan habe ein „Freudenfest“ ausgelöst, ermöglicht unter anderem durch deutsche Unterstützung, betonte damals etwa die Konrad-Adenauer-Stiftung (Klein 2012).

Doch die südsudanesische Geschichte hat einen anderen Weg eingeschlagen. Wird heute überhaupt über das junge Land berichtet, sind die Schlagzeilen von „Bürgerkrieg“, „Hungerkatastrophe“, „Flucht“ und „Vertreibung“ dominiert. Mitte Dezember 2013 haben schwere bewaffnete Auseinandersetzungen begonnen, bei denen sich maßgeblich die Regierungspartei SPLM bzw. die SPLA unter Präsident Salva Kiir und ebenfalls in der SPLA ausgebildete Truppen des im Juli 2013 abgesetzten Vizepräsidenten Riek Machar gegenüberstehen. Machar hatte im Frühjahr Interesse an einer Präsidentschaftskandidatur bekundet und damit den Alleinherrschaftsanspruch Kiirs in Frage gestellt (Weber 2013b).

„Nach einer schrittweisen Entmachtung Machars wartete Kiir dann im Juli mit einem Paukenschlag auf: Er entließ nicht nur Machar, sondern auch sein gesamtes Kabinett und den Generalsekretär der Regierungspartei [...] Pagan Amum.“ (Deckert & Simon 2013)

Im November vor Ausbruch des Krieges wurde die gesamte Führungsstruktur der SPLM für aufgelöst erklärt. Innerhalb eines Jahres haben die Kampfhandlungen den Vereinten Nationen (UN) zufolge zehntausende Menschen das Leben gekostet, zwei Millionen Menschen sind auf der Flucht. Am 27. August 2015 hat Salva Kiir ein Friedensabkommen mit der bewaffneten Opposition unterschrieben – ein Ende der Kämpfe wurde dadurch jedoch vorerst nicht erreicht. Wichtige Befehlshaber der SPLA haben sich vielmehr gegen das Abkommen ausgesprochen (Pospisil 2015).

Nhial Bol, Herausgeber der südsudanesischen Zeitung *Citizen*, äußerte gegenüber Deutschlandfunk, er habe vor dieser Entwicklung schon lange gewarnt. Der Westen habe aber dennoch „den Südsudan und seine Regierung geradezu blind und vorbehaltlos unterstützt“ (Rühl 2014). Die internationale Gemeinschaft habe durch ihr Engagement den Alleinvertretungsanspruch der Kiir-SPLM faktisch befördert, so auch Jan Pospisil vom Österreichischen Institut für Internationale Politik. Dies habe zu einer Verschärfung der gegenwärtigen Spannungen beigetragen (Pospisil 2014: 2). Es sei zu fragen, warum sie auch jetzt noch „derart massiv auf die aktuelle politische Kaste der SPLM setzt“ (Pospisil 2015: 4).

Zu den Unterstützern der Regierung Salva Kiirs zählt auch die Bundesrepublik Deutschland (BRD). Im folgenden Beitrag wird argumentiert, dass die Bundesregierung sich im Rahmen des *Comprehensive Peace Agreement* (CPA) zwischen Sudan und Südsudan mit entwicklungspolitischen Mitteln aus „wohlverstandem Eigeninteresse“ (Bundesregierung 2010: 1) am Staatsaufbau im Südsudan beteiligt hat. Die BRD ist zwar nicht als zentraler Akteur aufgetreten¹ und hat sich im Gegensatz etwa zu den USA zunächst für eine föderale Lösung im Sudan ausgesprochen. Dennoch hat sie faktisch mit der SPLM unter Salva Kiir einseitig eine Konfliktpartei unterstützt, die während des Nord-Süd-Friedensprozesses eine explizit secessionistische Politik verfolgte – obgleich im CPA alle beteiligten Akteure aufgefordert wurden, sich für eine umfassende Demokratisierung des Sudan einzusetzen und die Einheit des Landes attraktiv zu machen. Deutsche Entwicklungszusammenarbeit (EZ) hat insofern erneute Kampfhandlungen im Südsudan in Kauf genommen, als sie *statebuilding* und Friedensbildung gleichgesetzt und langjährig bestehende Konfliktursachen im Kern ignoriert hat.

Im ersten Teil werden in groben Zügen die Hintergründe des 2005 abgeschlossenen CPA dargelegt, in dessen Rahmen deutsche EZ geleistet wurde. Darauf folgend wird das Konzept des *statebuilding* theoretisch eingeordnet und auf zweierlei – miteinander verbundene – Weisen kritisiert: erstens als strukturell ungeeignet, um die von den Interventionsparteien proklamierten

1 Zu den wichtigsten Geberländern vgl. Lacher 2012.

Ziele „Demokratisierung“ und „Friedensbildung“ zu erreichen und zweitens als Werkzeug heutiger imperialistischer Interventionen. Im dritten Teil wird die US-Sudanpolitik kurz dargestellt, um die deutsche EZ mit der des wichtigsten Gebers vergleichen zu können. Nachfolgend wird die bilaterale Entwicklungshilfe der BRD im Rahmen des CPA in ihrer geographischen und sektoralen Verteilung analysiert. Abschließend diskutiere ich Auswirkungen der deutschen Entwicklungspolitik vor dem Hintergrund außenpolitischer Interessen im Sudan/Südsudan.

Kurze Geschichte eines instrumentalisierten Konflikts

Die Wurzeln des Konflikts zwischen Sudan und Südsudan reichen bis in die Kolonialzeit zurück. Bereits unter britischer Verwaltung wurde der südliche Teil des Sudan, der dem Gebiet des heutigen neuen Staates entspricht, trotz der Einheit auf dem Papier faktisch getrennt verwaltet und politisch wie ökonomisch marginalisiert. Neben den unterschiedlichen sozial-ökonomischen Voraussetzungen spielte im Zuge der „southern policy“ zwischen 1918 und 1948 auch die ethnische und religiöse Trennung der Landesteile eine große Rolle. Offiziell argumentierten die Briten, der südliche Landesteil sei unzugänglich und nicht zu befrieden (Biel 2007b: 100).

Im Zuge der Unabhängigkeit von Großbritannien im Jahr 1956 begannen brutale Auseinandersetzungen zwischen dem Norden und Süden des Sudan. Diese konnten zwischen 1972 und 1983 beigelegt werden. Nachdem Ende der 1970er Jahre der Ölkonzern Chevron im Süden des Landes umfassende Ölvorkommen gefunden hatte, der damalige Präsident Dschafar Muhammad an-Numeiri daraufhin die zuvor ausgehandelten Autonomierechte des Südens wieder abschaffte und im gesamten Sudan die Scharia einführte, begann 1983 ein zweiter Bürgerkrieg. Im Wesentlichen bekämpften sich die SAF und die 1983 gegründete, damals durch John Garang befehligte und überwiegend im Süden verankerte SPLM/A. 1989 gelangte Präsident al-Bashir durch einen Militärputsch an die Macht.

Innerhalb des Sudan, in seinen Grenzen vor 2011 das größte und gemessen am Einkommen der Bevölkerung eines der ärmsten Länder Afrikas, gehörten die jahrzehntelange ökonomische, politische, soziale und infrastrukturelle Marginalisierung des Südens durch die Zentralregierung in Khartum sowie Auseinandersetzungen um Zugang zu Land und Ressourcen zu den Hauptgründen für den Bürgerkrieg (Hainzl 2005; Dagne 2011). Hauptsächlich lokale Eliten wurden unter Präsident al-Bashir in den Staatsapparat integriert (Marischka 2010; De Waal 2010; Pabst 2004). Die SPLM/A hat damals allerdings noch nicht das Ziel verfolgt, einen unabhängigen Staat zu gründen.

Unter Garang wollte sie in den 1980er Jahren den Süden von der Hegemonie der Zentralregierung befreien und einen säkularen, demokratischen und sozialen Staat schaffen. 1994 forderte dieser „die Entwicklung und Implementierung einer konsistent demokratischen Lösung der nationalen und religiösen Fragen im Kontext eines Vereinten Neuen Sudan“ (John Garang, zit. nach Biel 2007a: 35).

Durch internationalen Druck, ausgeübt vor allem durch die so genannte Troika (USA, Vereinigtes Königreich und Norwegen), sowie militärische Drohungen der USA gegen die Regierung al-Bashirs kamen zu Beginn des Jahrtausends Friedensverhandlungen zustande, die 2005 in der Unterzeichnung des CPA mündeten. Das Vertragswerk beinhaltet u.a. ein Sicherheits- und ein Waffenstillstandsabkommen, weitgehende Autonomierechte für die südsudanesishe Regierung (GoSS), Regelungen zur Macht-, Öl- und Wohlstandsverteilung sowie zur Gründung einer Regierung der Nationalen Einheit (GoNU), in der die SPLM/A fortan den Vizepräsidenten des Sudan stellte. Der neuralgische Punkt des CPA, der wiederum aufgrund massiven internationalen Drucks in das Abkommen aufgenommen wurde, war die Festlegung einer sechsjährigen Interimsphase (2005-2011), an deren Ende das Referendum über die südsudanesishe Unabhängigkeit stand. Bis dahin sollten allerdings laut Vertrag alle am Friedensprozess beteiligten Akteure darauf hinwirken, die Einheit des Sudan attraktiv zu machen (GoS & SPLM/A 2005). Der neue sudanesishe Vizepräsident, John Garang, kam noch im Jahr der Unterzeichnung unter bis heute ungeklärten Umständen bei einem Hubschrauberabsturz ums Leben (Dagne 2011: 17). Sein Nachfolger, Salvar Kiir, trat von Anfang an für die Abspaltung des Südens ein (De Waal 2010: 15f).

CPA und ungelöstes Konfliktpotenzial

Zahlreiche Konfliktfelder zwischen Sudan und Südsudan wurden bislang nicht (oder nicht abschließend) verhandelt. An dieser Stelle sollen einige Beispiele kurz angesprochen werden, auch wenn ihre Behandlung nicht in ausreichender Tiefe möglich ist. Trotz der erfolgten Staatsgründung gibt es z.B. bislang weder über den genauen Grenzverlauf zwischen Sudan und Südsudan eine Einigung noch über die Verteilung von Öl, sonstigen Ressourcen, Land- und Weiderechten. An den Verhandlungen über die Teilung der Macht im Land und den Zugang zu den Ölquellen, die zum Großteil im heutigen Südsudan liegen, wurden zudem neben der sudanesischen Regierung und der SPLM keine weiteren Gruppierungen beteiligt (Pabst 2004; De Waal 2010). In der ölreichen Region Abyei, die Norden

und Süden gleichermaßen beanspruchen, steht bis heute ein Referendum darüber aus, zu welchem Land das Gebiet gehören soll. Weder gibt es hier eine festgelegte Grenzziehung noch ist geklärt, welche Teile der Bevölkerung abstimmungsberechtigt wären. Bereits in den Jahren 2008 und 2009 war es zu Kämpfen gekommen, nachdem der Internationale Gerichtshof in Den Haag rund 40 % des Gebietes, darunter zwei große Ölfelder, dem Norden zugesprochen hatte (Deckert & Simon 2011b: 66; Paech 2011).

Innerhalb des Südsudan gibt es ebenfalls Konflikte, die im CPA-Friedensprozess nicht adressiert wurden. Seit 2005 hat sich um Salvar Kiir eine Herrscherclique herausgebildet, die die Geschicke des Landes zu ihren eigenen Gunsten zu lenken versucht (Wagner 2011). Amnesty International wirft der SPLA und der südsudanesischen Polizei unter Kiir seit Jahren Menschenrechtsverbrechen und extralegale Hinrichtungen vor. Bei Kämpfen zwischen der SPLA und oppositionellen Gruppen seien hunderte Zivilisten ums Leben gekommen (AI 2011). Staatliche Sicherheitskräfte seien laut der Stiftung Wissenschaft und Politik (SWP) selbst eine „beträchtliche Gefahrenquelle für die Bevölkerung [...]. Die reicht [...] bis hin zu schweren Menschenrechtsverletzungen bei Großoperationen“ (Lacher 2011: 25). Die Gewalt folgte dabei schon in der Interimsphase häufig politischen Mustern (HRW 2010; Concordis International 2010; Marischka 2010).

Bereits in den 1990er Jahren gab es zahlreiche sezessionistische Abspaltungen von der SPLM/A. Unter anderem bildete 1991 Riek Machar, der heute eine Bürgerkriegspartei im Südsudan anführt, die Fraktion SPLA-United, die Garang den Krieg erklärte und im Zuge des sogenannten Bor-Massaker 2000 Zivilisten tötete (Pospisil 2014: 4). Zwar schloss sich Machar nach einem Mediationsprozess der SPLM/A Anfang des Jahrtausends erneut an, zu Konflikten und Fraktionierungen kam es aber immer wieder (Peter 1992: 19; Pabst 2004). Die Aussöhnung blieb formell, die strukturellen Faktoren für innerparteiliche Kämpfe kommen seit Dezember 2013 erneut zur Wirkung (Pospisil 2014: 4). Die Friedensschlüsse innerhalb der SPLM betrachtet auch Øystein H. Rolandsen (2015) nicht als stabile Einigung. Vielmehr habe es einen fragilen „big tent consensus“ gegeben (ebd.: 169, ausführlicher wird hierauf im nächsten Teil eingegangen). Es gab demnach niemals Grund zu der Annahme, dass die wiederholten Kämpfe und Spaltungen innerhalb der SPLA mit der Staatsgründung ein Ende haben würden. Im Gegenteil sei der Ausbruch eines Bürgerkrieges im militarisierten Südsudan „möglich, wenn nicht sogar unvermeidbar“ gewesen (ebd.: 171).

Zusammenfassend lässt sich zynisch formulieren, der offen ausgetragene Krieg zwischen Nord- und Südsudan sei zwar durch den CPA-Prozess (vorerst relativ stabil) beigelegt worden. Von Frieden kann jedoch keine Rede

sein – eine Entwicklung, die nicht nur in diesem *statebuilding*-Projekt zu beobachten ist.

Statebuilding – Illusion und imperialistische Interessen

„Der Südsudan ist im Begriff, zum nächsten großen *statebuilding*-Projekt der internationalen Gemeinschaft zu werden“, so Wolfram Lacher (2011: 5) kurz nach der Unabhängigkeit des Landes. Zentrale Akteure seien die USA und die EU, flankiert werde der Staatsaufbau durch die UN Mission im Südsudan (UNMISS). Deutschland befinde sich zwar nicht unter den zentralen bilateralen Gebern, werde sich aber „über den EU-Etat, den UN Haushalt und andere multilaterale Institutionen maßgeblich am Staatsaufbau im Südsudan beteiligen“ (ebd.). Begonnen hatten entsprechende Projekte allerdings nicht erst 2011, sondern bereits Jahre vor der Unabhängigkeit.

Die aktuelle Situation im Südsudan erlaubt wie gezeigt keine positive Bewertung der bisherigen Ergebnisse dieser Politik. Eher stellt der junge Staat eines von zahlreichen Beispielen dafür dar, dass „Statebuilder sich schwer damit tun, existenzfähige Staaten zu schaffen“ (Barbara 2008: 308). In den vergangenen Jahren wurden fundamentale Kritiken am Konzept des *statebuilding* erarbeitet, das seit den 1990er Jahren nicht mehr aus dem Werkzeugkasten der EZ westlicher Staaten wegzudenkenden ist. An dieser Stelle wird vor allem zweierlei Kritikpunkten gefolgt, die nacheinander dargelegt werden: Einerseits wird die Diagnose für zutreffend gehalten, *Statebuilding* sei gemessen an seinen Prämissen und vorgegebenen Zielen eine „Illusion“, (Bliesemann de Guevara & Kühn 2010; vgl. auch Barbara 2008). Andererseits wird *statebuilding* als Mittel zur Durchsetzung heutiger imperialistischer Interessen westlich-kapitalistischer Staaten kritisiert (Wagner 2008; Deppe u.a. 2004; Alnasseri 2004).

Eine der wesentlichen Prämissen der Staatsaufbau-Strategie ist, dass in so genannten *failed states* – oder nach Sabah Alnasseri (2004: 476) „präziser: zum Zerfall gebrachten Staaten“ – die Gründe für Gewalt zwar durch externe Akteure-, jedoch nicht (allein) durch militärische Mittel behoben werden können. Aus dem in „gescheiterten Staaten“ fehlenden staatlichen Gewaltmonopol, so die Annahme, entstünden Probleme, die mittels *statebuilding* „geregelt, gemanagt und eingegrenzt werden sollen“ (Bliesemann de Guevara & Kühn 2010: 10). Im weitesten Sinne wird Staatsaufbau dabei verstanden als „Prozess, bei dem Regierungsinstitutionen konstruiert oder rekonstruiert werden, die in der Lage sind, den BürgerInnen physische und wirtschaftliche Sicherheit zu garantieren“. (David Chandler, zit. nach Barbara 2008: 308) Der westlich-neoliberale Staat erfüllt Befürwortern zufolge diese

Aufgabe so verlässlich, dass der „Aufbau eines solchen Staates auch die bestehenden Probleme von Gesetzlosigkeit, Kriminalität, Menschenrechtsverletzungen und Krieg“ beende (Bliesemann de Guevara & Kühn 2010: 10).

Die Realität sieht jedoch anders aus. Erin Simpson (2006: 3) beschreibt *statebuilding* nicht nur als „quasi kolonial“, sondern auch als „hoch ambitioniertes und letztendlich unrealistisches Unterfangen“. Julien Barbara (2008) kritisiert vor allem, dass Staatsaufbau stets neoliberalen Prinzipien folgt – obgleich sich ausgerechnet der neoliberale Staat als ungeeignetes Model für post-konfliktären Staatsaufbau erwiesen hat. Berit Bliesemann de Guevara und Florian P. Kühn (2010), auf deren Kritik im Folgenden etwas genauer eingegangen werden soll, bezeichnen den Versuch, durch *statebuilding* westliche Ordnungen zu schaffen, gar als „Illusion“. Die Politik des westlich „liberalen Friedens“ (Bliesemann de Guevara 2010: 113) hat in nicht-westlichen Gesellschaften weder die viel gepredigte Sicherheit noch Demokratie generiert. Zwar gibt es mit dem Staatsaufbau eine neue Strategie – aber die Substanz der internationalen Machtbeziehungen zwischen „dem Westen und dem Rest“ bleibt erhalten „die tiefe Einbettung nicht-westlicher Staaten in internationale Machtbeziehungen, globale Märkte, und transnationale normative Ordnungen beschränkt die Möglichkeiten des *statebuilding*“ (ebd.: 123). Es funktioniert nicht, Staaten mit den unterschiedlichsten sozial-politischen Historien mit Institutionen nach westlichem Vorbild auszustaffieren. Sozialbeziehungen weisen in den adressierten Regionen differente Strukturen auf, „folgen anderen Mustern und Logiken“ (Bliesemann de Guevara & Kühn 2010: 11; vgl. auch Hagmann & Péclard 2010).

Gleichzeitig haben sich in vielen adressierten Staaten historisch andere gesellschaftliche Funktionen entwickelt, so dass von den Interventen vorgesehene Rechtsbeziehungen und staatliche Regelungen abstrakt bleiben (ebd.). Die „internationalisierten“ Staaten werden folglich zu „Phantomstaaten“ (David Chandler, zit. nach Bliesemann de Guevara 2010: 114) bzw. zu „Potemkin’sche[n] Fassaden“ (Bliesemann de Guevara & Kühn 2010: 11). Im Ergebnis führen zum Beispiel von außen geplante Dezentralisierungsprogramme oft zur Stärkung lokaler Machteliten (Bliesemann de Guevara 2010: 112). Dies ist, wie weiter unten aufgezeigt wird, auch im Südsudan der Fall.

Akteure wie etwa Präsident Salva Kiir sind dabei nicht – wie es die *statebuilding*-Agenda im Wesentlichen tut – als „passive Rezipienten“ zu begreifen: „Diese Perspektive unterschätzt die Fähigkeit lokaler Akteure, die Möglichkeiten, die sich im Zuge externer Interventionen ergeben, zu nutzen um ihre eigene staatspolitische Agenda voranzutreiben.“ (ebd.: 115) Macht-konstellationen werden durch externe Interventionen beeinflusst, „indem sie

bewusst oder unbewusst bestimmten gesellschaftlichen Gruppen Machtressourcen zur Verfügung stellen, gleichzeitig aber anderen Akteuren soziale und politische Gestaltungsmöglichkeiten nehmen“ (ebd.: 116). Reaktionen von Akteuren, die wenig oder gar keinen Zugriff auf diese Machtressourcen haben, können in Kooperationsbestrebungen ebenso bestehen, wie in offener Gegenwehr.

Im Südsudan zeigt sich dies etwa an dem sich wandelnden Verhältnis zwischen Kiir und Machar. Nach einer Logik, die Alex de Waal als „politischen Marktplatz“ bezeichnet, hängt ein Ende der Gewalt davon ab, wie die Verteilung von Macht und Ressourcen im Land ausgehandelt wird. Machthaber Kiir hat Konflikte lange mit einem *Buyout* zu lösen versucht. Das Ergebnis sei allerdings „nur so beständig, wie die Bedingungen auf dem Marktplatz“ (De Waal 2015). Ein Jahr nach Unterzeichnung des CPA wurde 2006 die so genannte Juba-Deklaration verabschiedet, in deren Zuge dissidente bewaffnete Kräfte im Südsudan in die SPLA eingegliedert und ihre Anführer in die SPLM integriert wurden. Auf der Basis von Öleinnahmen waren damals genügend Mittel vorhanden, um die verschiedenen Kräfte unter einem „big tent“ zu vereinen. Um dieses aufrecht zu erhalten, fehlt Salva Kiir heute allerdings der Fundus – deshalb hat sich seine Politik vom *Buyout* zum Zwang gewandelt (De Waal 2015; vgl. auch Deckert & Simon 2014). Das „peacekeeping“ der westlichen Gebergemeinschaft bezieht derlei komplexe Konflikte jedoch nicht ein. Stattdessen wird der Aufbau nationaler Institutionen unterstützt, die partiell eher Teil des Problems als einer Konfliktlösung sind (De Waal 2014 a; 2014b).

Wenn also *statebuilding* nicht gemäß den angegebenen Zielen funktioniert, bleibt die Frage, weshalb dieses außenpolitische Instrument dennoch eingesetzt wird. Alnasseri (2004) beantwortet diese Frage am Beispiel der westlichen Irak-Politik treffend damit, dass der Ausgangspunkt für Staatsaufbauprojekte ein anderer sei, als Apologeten des Konzepts vorgeben. Im Kern werde *nation-building* betrieben, weil es Unterwerfungs-, Enteignungs- und Kontrollstrategien imperial(istisch)er Akteure in der Peripherie des kapitalistischen Weltsystems entspreche (ebd.). „Politisch bedeutet dies die Integration der Scherben der zerfallenen Gesellschaften im Süden in die imperiale Weltordnung mittels interiorisierter demokratischer Eliten und Institutionen.“ (ebd.: 478) Unter westlicher Aufsicht ist Staatsaufbau ohne die Durchsetzung von neoliberalen Verfassungen und die Schaffung einer von außen beaufsichtigten Sicherheitsstruktur nicht zu haben (Alnasseri 2004; Wagner 2008). Aufgrund der Abhängigkeitsbeziehung zwischen Zentrum und Peripherie zieht dies einen Wertetransfer in Richtung der Zentren, die Marginalisierung weiter Bevölkerungsteile und die Schaffung von „Wohlstandsoasen, von

korrupten lokalen und regionalen Eliten“ (Alnasseri 2004: 478) nach sich, was wiederum neue Konflikte schüren kann. Interventionen in Staaten der Peripherie sind mithin nicht bloß in dem Sinne zu kritisieren, dass sie vor allem selbstreferenziellen Logiken und Ideen entspringen. Vielmehr sind sie in der Praxis instrumenteller Natur – und müssen imperialismustheoretisch erklärt werden, was im Folgenden in Kürze versucht wird.

Im Kapitalismus besteht David Harvey zufolge ein dialektischer Widerspruch zwischen kapitalistischer und territorialer Machtlogik (Harvey 2005: 33; 2007a: 113) bzw., wie Alex Callinicos (2009: 15) es formuliert, zwischen ökonomischer und staatlicher Konkurrenz, der sich in der Geschichte des Kapitalismus in immer neuen Konstellationen reproduziert. Aufgrund dieses Widerspruchs wird Imperialismus als der kapitalistischen Wirtschaftsweise immanentes Moment begriffen.

Beide Machtlogiken können nicht aufeinander reduziert werden, sind aber gleichzeitig aneinander gekoppelt. Der bürgerliche Staat ist ein Klassenstaat mit Interessen nach innen und außen, der gegenüber den Partikularinteressen des Kapitals aber eine „relative Autonomie“ (Poulantzas 2002 [1978]: 158) behält. Daher existiert auch eine relative Autonomie politischer gegenüber ökonomischen Interessen. Im Staat als „Verdichtung eines Kräfteverhältnisses“ (ebd.: 160; vgl. Deppe 2015: 85) finden zugleich Auseinandersetzungen zwischen Klassen und Klassenfraktionen statt. Entsprechend kann es auch innerhalb von Regierungen zu divergierenden Interessen kommen.² Dass die Autonomie des Staates relativ ist bedeutet, dass Politik nicht vollkommen unabhängig von der Ökonomie gemacht wird. Der bürgerliche Staat ist gleichzeitig Produkt und Äußerung der „Unversöhnlichkeit der Klassengegensätze“, wie Wladimir Iljitsch Lenin (1974 [1917]: 400ff) es nannte. Die Akkumulation staatlicher Macht stützt die Akkumulation von Kapital (Harvey 2007a: 113). Diese wiederum lässt sich aufgrund des kapitalistischen Wachstumsdiktats und der dem Kapitalverhältnis immanenten Krisentendenzen nicht auf ein Staatsterritorium beschränken: Der Zwang zur Kapitalverwertung verlangt, wenn innerhalb eines staatlichen Territoriums keine profitablen Anlagemöglichkeiten, keine Absatzmöglichkeiten oder benötigte Rohstoffe gefunden werden können, nach anderen, expansiven räumlichen Lösungen (ebd.: 114) – dies ist die ökonomische Logik der Geopolitik. Ob und auf welche Weise sie betrieben wird, hängt von zahlreichen weiteren politischen und sozialen Bedingungen ab, zumal kapitalistische

2 In der 2009 abgelösten schwarz-gelben Bundesregierung gab es beispielsweise Auseinandersetzungen zwischen dem Auswärtigen Amt und dem Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung, „wobei letzteres die Forderungen des AA, die Entwicklungshilfe für den Sudan aufzustocken, beharrlich abweist“ (Lacher 2012: 94).

und staatliche Machtlogik bisweilen auch in unterschiedliche Richtungen zielen können (ten Brink 2008: 233).

Bei Interventionen stehen entsprechend bisweilen (macht-)politische Interessen im Vordergrund – bzw. erfolgen sie nicht zwangsläufig vorrangig aufgrund von direkten Kapitalinteressen. Etwa bei der militärischen US-Intervention in den Irak im Jahr 2003 ging es David Harvey zufolge nicht in erster Linie um direkte Ölinteressen für die eigene Wirtschaft, sondern um die „Versuchung, ihre Macht über das Öl als Bremsklotz China in den Weg zu stellen“ (Harvey 2005: 202). Auch in Afrika-Entwicklungsstrategien westlicher Staaten werden insbesondere China aber auch andere so genannte Schwellenländer zunehmend als Konkurrenten ausgemacht (s.u.) – nicht ausschließlich aufgrund ökonomischer Begierden: Zuweilen werden Europäische und US-amerikanische Politiken von China insofern konterkariert, als China Verträge etwa zur Ölförderung mit „Schurkenstaaten“ wie dem Sudan abschließt, und so eigene geopolitische Maßnahmen, wie Sanktionen, potenziell untergräbt.

David Harvey beschreibt derlei durchaus komplexe Konstellationen zwischen Staaten in einer „multipolaren Weltordnung“ als „kaskadenartige Imperialismen“ (Walkley & Bernhold 2009). Die Geographie des Imperialismus, so auch Christian Zeller (2004: 61), entspreche einer Kaskade von ineinander geschobenen Hierarchien, die nicht nur militärisch, sondern auch politisch und ökonomisch durchgesetzt werden. Während der „weiche Geopolitiker“ China sich Einflusszonen, Investitionsgebiete und den Zugang zu Rohstoffen mit dem „Geldkoffer in der Hand“ sichert, steht für die BRD die zivil-militärische Zusammenarbeit zunehmend im Vordergrund. Die jüngst im Irak oder in Afghanistan gemachte Erfahrung, dass rein von externen Armeen ausgeführte militärische Kontrollversuche nicht zwangsläufig zum „Erfolg“ führen, hat für geopolitische Maßnahmen die Bedeutung des *statebuilding* – des Aufbaus von „nunmehr in das imperialistische Herrschaftssystem fest integrierten“ (Deppe u.a. 2004: 83) Staaten – erhöht. Die Vernetzung verschiedener Instrumente der Politik stellt den dazu notwendigen Werkzeugkasten dar (Marischka 2010: 29). Nachdem die Kriterien der OECD (*Organisation for Economic Co-Operation and Development*) für öffentliche EZ jahrzehntelang militär- bzw. sicherheitsrelevante Ausgaben ausgeschlossen hatten, wurden diese in den Jahren 2004 und 2005 erweitert, wodurch heute beispielsweise – wie im Südsudan – die Ausbildung bzw. der Aufbau lokaler Polizeikräfte als offizielle EZ abgerechnet werden kann (Wagner 2008: 29). Auf diese Weise werden EZ und *statebuilding* zunehmend für sicherheitspolitische Ziele benutzt (Simpson 2006: 1).

Führende westlich-kapitalistische Staaten „verteidigen“ damit nicht zwangsläufig nur eigene Interessen, sondern beteiligen sich an Interventionen zuweilen auch aufgrund von relativ autonomen politischen, zum Beispiel Bündniserwägungen. Diese, „etwa innerhalb der NATO, der EU oder der UN, beeinflussen die Auswahl der Mittel und den politischen Spielraum“ (Bliesemann de Guevara & Kühn 2010: 8). Für das deutsche *statebuilding*-Engagement im Südsudan bedeutet das, dass die eigenen geopolitischen Interessen dort vorrangig (macht-)politische sein können – u.a. daran, in Bündnissen die eigenen Führungskapazitäten auszubauen. In der Afrika-Strategie der Bundesregierung aus dem Jahr 2011 hieß es etwa, die BRD leiste zusammen mit der EU Beiträge zur Reform des Sicherheitssektors im Südsudan (AA 2011a: 20). Durch eigene Konzepte helfe sie zudem, europäische Politik zu formulieren (ebd.: 57). Auch die Bundeswehr nimmt Führungstätigkeiten wahr: in der UN-Mission im (Süd-)Sudan (UNMIS, heute UNMISS). Des Weiteren strebt die BRD prinzipiell an, Projekte der zivil-militärischen Zusammenarbeit auszubauen und zu verbessern. Diesbezüglich bezeichnete die ehemalige Staatsministerin im Auswärtigen Amt (AA), Cornelia Pieper, den Südsudan als „konkreten Anwendungsfall für unseren neuen Ansatz der vernetzten Sicherheit“ (Deutscher Bundestag 2010: 3778).

Im Bündnis mit anderen westlichen Staaten hat die BRD darüber hinaus ein Interesse daran, grundsätzlich für die Aufrechterhaltung der westlich-neoliberal dominierten Weltordnung zu sorgen. „What to do with ‘rough states’“ (Harvey 2007b: 68), zu denen etwa der Iran, Kuba, Venezuela aber auch der Sudan gezählt werden, weil sie sich nicht ohne weiteres in westliche politisch-ökonomische Vorstellungen einfügen lassen, ist ein ernsthaftes Problem nicht nur für die USA, sondern auch für die globale neoliberale Ordnung insgesamt (vgl. Deppe u.a. 2004: 82f). Einerseits ist zur Lösung dieses „Problems“ keines der Zentren, auch nicht die USA, allein in der Lage. Andererseits brechen unter den globalen Mächten immer wieder Rivalitäten hervor bzw. werden unterschiedliche Strategien bevorzugt (Harvey 2007a: 114). In Bezug auf den Südsudan kann entsprechend von einer Gleichzeitigkeit eigener strategischer Überlegungen der BRD (wenn diese auch nicht besonders stringent und für die deutsche Außenpolitik von herausragender Bedeutung sind) und komplementärem Handeln mit anderen Gebern ausgegangen werden. Die außenpolitischen Ziele sind dabei relativ autonom von direkten wirtschaftlichen Interessen. Etwa mit dem Interesse an der Verteidigung der neoliberalen Weltordnung generell, für die auch in Afrika Verbündete gesucht werden, ist jedoch gleichzeitig eine Rückkoppelung des Politischen an die Ökonomie gegeben.

Die Südsudanpolitik der USA

Die Vereinigten Staaten erhalten seit Jahrzehnten ein umfangreiches Sanktionsregime gegen die sudanesische Regierung aufrecht. Im Prinzip schließt es jedwede EZ (ausgenommen humanitäre Hilfe) seit Ende der 1980er Jahre aus. Mit der Aufnahme des Sudan auf die Liste der „Terrorismus“ unterstützenden Staaten wurden die Sanktionen nach 1993 weiter verschärft (USDoS 2010: 10; USDoT 2009: 3). Ein Jahr nach Abschluss des CPA kam es allerdings zu einem Bruch in der Sanktionspolitik: Fortan wurde die Unterstützung der GoSS eingefordert und gesetzlich ermöglicht (US Congress 2006: 1879). Die Schwächung und Isolierung der Zentralregierung in Khartum konnte nun bei gleichzeitiger Finanzierung von Militär- und Staatsaufbauprogrammen im Südsudan erfolgen.

Ein Teil der damit ermöglichten Zahlungen ist für die militärische Unterstützung und Professionalisierung der SPLA verausgabt worden³ – obgleich das CPA die Vorgabe enthielt, SAF und SPLA proportional zu verkleinern und innerhalb des Südsudan militärische Bewegungen einzustellen (GoS & SPLM/A 2005). Die USA leiteten damit einen Strategiewechsel ein: Wurde noch bis Ende der 1990er Jahre darauf spekuliert, dass die SPLA die Macht im Sudan militärisch ergreifen könne, sollte nun die Möglichkeit geschaffen werden, die SPLA für den Fall der Sezession zu einer regulären Armee zu transformieren und sie entsprechend auszurüsten. Im Wissen der US-Regierung wurden in der Interimsphase schwere Waffensysteme über Kenia in den Südsudan geschmuggelt. Nur durch Zufall kam einer der Deals an die Öffentlichkeit: Ein Frachtschiff wurde auf dem Weg von der Ukraine nach Kenia von somalischen Piraten entführt und zog so Aufmerksamkeit auf sich (Kahrs 2010). Insgesamt wurden über 100 Panzer verschifft (House of Lords 2011: 21). Die Transfers seien „in Konsultation mit den USA“ (Ranneberger 2009: 2) vonstattengegangen, schrieb auch der US-Botschafter in Nairobi (ebd.: 6). Zahlreiche entwicklungspolitische Maßnahmen der USA waren darüber hinaus auf Ausrüstung und Training der SPLA ausgerichtet (Rands 2010). Für den südsudanesischen Sicherheitssektor haben die USA allein zwischen 2008 und 2011 insgesamt etwa 300 Mio. US\$ ausgegeben (USAID 2011). 2009 begann auch das US-Afrika-Kommando (US AFRICOM) an Projekten zur Transformation der SPLA mitzuwirken. Zusätzlich beauftragte das Außenministerium das private Militär- und Sicherheitsunternehmen DynCorp, militärische Infrastruktur zu bauen (Rands 2010). Doch nicht nur durch Militärhilfe haben die USA

3 Für eine ausführliche Darstellung der Militärhilfe und widerrechtlichen Waffenlieferungen an den Südsudan s. Bernhold 2012.

forciert, dass die Zeichen im Südsudan zunehmend auf Sezession gestellt wurden. Dies geschah ebenso durch zivile EZ, die, wie Präsident Obama 2010 in einer Politikdirektive formulierte, Teil der „Vernetzten Sicherheit“ und „Kernpfeiler der Macht der Vereinigten Staaten“ sei (USDoS 2010a).

Nachdem die USA bis Ende der 1980er Jahre jährlich im Durchschnitt etwa 220 Mio. US\$ an den Sudan gezahlt hatten, der damals noch als „Bollwerk“ gegen die Sowjetunion galt, und die Gelder ab 1988 auf humanitäre Hilfe beschränkt blieben, stiegen die entwicklungspolitischen Zahlungen nach Beginn der ersten CPA-Verhandlungen massiv an (Rennack 2005; OECD 2015). 2009 haben sie erstmals 1 Mrd. US\$ überschritten, bestimmt u.a. für die Implementierung einer neoliberalen Wirtschaftsreform im Süden. Ein beschleunigtes Wirtschaftswachstum sowie eine „gute Regierungsführung“, die „legitime Interessen“ privater Investoren schütze und ein günstiges Klima für ausländische Direktinvestitionen schaffe, wurden von USAID als friedenspolitische Maßnahmen deklariert (USAID 2009: 2). Die USA waren seit Beginn der CPA-Interimsphase der größte in der OECD Datenbank erfasste Geber des Sudan: Der Anteil der US-Hilfe an den gesamten Entwicklungshilfezahlungen hat sich von 1,66 % im Jahr 2000 auf 40 % im Jahr 2005 erhöht (eigene Berechnungen, OECD 2015). Umgekehrt war der Sudan von 2005 an der drittgrößte Empfänger von US-Hilfe nach dem Irak und Afghanistan (USODA 2005). Insgesamt sind zwischen 2002 und 2011 5,9 Mrd. US\$ in den Sudan geflossen. Etwas weniger als die Hälfte war humanitäre Hilfe. Die übrigen Gelder sind im Südsudan verausgabt worden. Für den Staatsaufbau („Sicherheit“, „Regierungsbildung“ und „Wirtschaftswachstum“) waren es im Schnitt 300 US\$ pro Jahr.⁴ Ein Großteil davon wurde nach Haushaltsberichten aus dem Wirtschaftshilfefonds für den Sudan finanziert. Dieser 1996 eingerichtete Fonds wird laut dem US-Kongress für nationale Interessen der USA eingesetzt, wenn sie die „ökonomische Unterstützung von Staaten verlangen – und zwar in Summen, die nicht allein durch entwicklungspolitische Ziele zu rechtfertigen sind“ (USDoS & USAID 2005: 6). Weshalb der Sudan für die USA von geopolitischer Bedeutung ist, wurde in einem von Regierungsmitgliedern, Diplomaten und USAID-Mitarbeitern erarbeiteten Sudan-Strategiepapier (USAID 2003) festgehalten:

„Der Sudan liegt im Herzen des Horns von Afrika, einer Schlüsselregion im Kampf gegen den Terrorismus [...] Schätzungen über umfangreiche Ölvorkommen im Süden des Sudan haben dafür gesorgt, dass zahlreiche multinationale Ölkonzerne trotz andauerndem Bürgerkrieg produzieren und weitere Ölquellen erkunden.“ (ebd.: 1f)

4 Eigene Berechnung nach USDoS 2008, 2009, 2010, 2011, 2012.

Gemeint waren vor allem chinesische Konzerne. Den Fokus auf den Südsudan begründete USAID mit der Möglichkeit, dort mit „neuen Regierungseinheiten“ arbeiten zu können, „die, wenn erfolgreich, die Interessen der US-Außenpolitik voranbringen werden, Stabilität nicht nur im Sudan, sondern im gesamten Horn von Afrika zu befördern [...]“ (USAID 2005: 3). Im Gegensatz zur Regierung al-Bashirs sollten diese neuen Regierungseinheiten mit der US Regierung kooperieren und im Sinne ihrer außenpolitischen Interessen agieren.

Deutsche Entwicklungspolitik im (Süd-)Sudan: Ein widersprüchliches Konzept

Dass auch deutsche Entwicklungspolitik auf dem afrikanischen Kontinent nicht von geopolitischen Interessen zu trennen ist, daran lässt die Afrika-Strategie der Bundesregierung von 2011 keinen Zweifel (AA 2011a). Deutlich wird, dass Deutschland in Afrika „mithalten“ will: Der Kontinent habe sich zum Schauplatz eines globalen Wettbewerbs entwickelt, die wirtschaftlichen Verbindungen zu einflussreichen nicht-traditionellen Gebern seien sprunghaft gestiegen (ebd.: 29).

Die obersten Interessen seien allerdings „Frieden und Sicherheit in unserer Nachbarschaft. Bürgerkriege und der Zerfall staatlicher Ordnung, Terrorismus, Umweltzerstörung, Piraterie, organisierte Kriminalität [...] sowie Migrations- und Flüchtlingsbewegungen haben unmittelbare Auswirkungen auch auf Deutschland“ (ebd.: 12). Mit der Afrikanischen Friedens- und Sicherheitsarchitektur hätten „die Staaten Afrikas“ Verantwortung auf ihrem Kontinent übernommen – mit deutscher Unterstützung (ebd.) und u. a. unter deutscher Kontrolle. Seit Jahren wird dabei verstärkt auf zivil-militärische Zusammenarbeit gesetzt, bei wichtigen Fragen eine zunehmende Kooperation zwischen Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ) und Bundesverteidigungsministerium angestrebt (ebd.: 21).

Der Sudan wird an zahlreichen Stellen der Veröffentlichung als Krisen- und Konfliktherd genannt. Im Länderkonzept Sudan von 2010 formulierte die damalige Bundesregierung ihre Lösungsstrategien für das Land. Diese sind nicht so eindeutig auf eine Abspaltung des Südsudan als vorgeblich einzige Möglichkeit zur Konfliktlösung ausgerichtet, wie etwa die Sudan-Strategie der US-Regierung. Das deutsche Konzept ist allerdings höchst widersprüchlich und zeigt einen Widerspruch zwischen formulierter und praktizierter Politik auf:

1. Einerseits könne ein Mitwirken an den Friedensprozessen dabei helfen, „neue Krisen großen Ausmaßes bei einer Spaltung von Nord- und

- Südsudan“ zu vermeiden. Ein frühzeitiges Einwirken in Richtung Konföderalisierung des Sudan könne späteres kosten- und ressourcenintensives „statebuilding“ ersparen helfen (Bundesregierung 2010: 1). Gleichzeitig sei aber klar: „Im Süden sind entscheidende [sic!] politische Kräfte auf die Unabhängigkeit festgelegt.“ (ebd.)
2. Zur Sicherung nachhaltiger Entwicklung müsse der gesamte Sudan in den Blick genommen werden. Abgesehen von politischem Dialog werden als Handlungsinstrumente aber vor allem die Stützung von Rechtsstaatlichkeit und die Stärkung staatlicher Strukturen im Südsudan genannt (ebd.) – bei einer gleichzeitig seit 1989 beendeten und seither nicht wieder aufgenommenen EZ mit dem von al-Bashir kontrollierten Sudan (BMZ 2011). Unerwähnt bleibt, wie Staatsaufbau im Südsudan bei gleichzeitiger entwicklungspolitischer Isolierung des Nordens *nicht* auf die Sezession hinauslaufen soll, wenn die zentralen Akteure im Süden und die zentralen Geberstaaten auf eben diese hinarbeiten.
 3. Die Bundesregierung schreibt, dass sie „Entscheidungsträger in Nord und Süd [...] rechtlich und politisch mit [...] Föderalismus vertraut“ machen wollte (Bundesregierung 2010: 3). Solche „Schulungen“ können jedoch keine bedeutenden Auswirkungen haben, wenn gleichzeitig im Süden (mit deutscher Unterstützung) praktisch Fakten geschaffen werden, die Salva Kiir nach seinen Vorstellungen und zu seinen Gunsten nutzt.

Durch ihre EZ im Südsudan hat die Bundesregierung daher in der Praxis mit darauf hingewirkt, jene Akteure zu stärken, die die Zeichen längst auf Unabhängigkeit des Südens – und nicht auf eine wirkliche Behebung diverser Konfliktursachen und Demokratisierung des Sudan – gestellt hatten.

Deutsche Entwicklungspolitik in der Praxis: Staatsaufbau = Friedensbildung?

Der Sudan gehörte noch in den 1980er Jahren zu den Hauptempfängern deutscher Entwicklungshilfe (OECD 2015). Ebenso wie die USA hatte die BRD dem Sudan zur Zeit der so genannten Systemkonfrontation eine hohe geostrategische Bedeutung beigemessen. Die damalige Bundesregierung wurde „bald ein Hauptpartner des sudanesischen Militärs und der Polizei- und Geheimdienste“ (Deckert 2008). 1989 beendete auch die BRD die EZ mit dem Sudan (BMZ 2011). Bereits in den Jahren der CPA-Verhandlungen stiegen die Zahlungen jedoch wieder leicht an. Nach der Unterzeichnung des CPA im Jahr 2005 wurde die Zusammenarbeit offiziell wieder aufgenommen – allerdings ausschließlich mit der durch Salva Kiir repräsentierten Vertretung im Südsudan. Politische oder wirtschaftliche Kooperation mit

dem Norden, die über Not- und Übergangshilfe hinausgehe, so das BMZ damals, könne erst dann wieder erfolgen, wenn deutliche Fortschritte im Demokratisierungsprozess und bei der Wahrung der Menschenrechte zu verzeichnen seien. Sollten tatsächlich die Einhaltung der Menschenrechte und die Fähigkeit des Staates, Konflikte friedlich zu lösen, als Maßstab für finanzielle Unterstützung gelten, hätte demnach die Menschenrechtssituation im Südsudan von der Bundesregierung zumindest als erheblich besser eingeschätzt werden müssen, als die im Norden. Anderes war jedoch noch 2011 beim AA auf dessen Sudan-Seite zu lesen:

„Im Südsudan ist die Menschenrechtsslage nicht besser als im Nordsudan. [...] In vielen Fällen wenden die sich für die innere Sicherheit verantwortlich fühlenden Soldaten der Sudan People's Liberation Army unverhältnismäßige Gewalt an.“

Und dennoch: Die „Bedingungen [zur Wiederaufnahme der Entwicklungshilfe, Ch.B.] für den Süd-Sudan sind jetzt erfüllt“, so die damalige Entwicklungsministerin Heidemarie Wieczorek-Zeul (SPD) im November 2005 (zit. nach epo 2005).

OECD-Daten zufolge hat die BRD in den Jahren 2002 bis 2011 insgesamt 402,4 Mio. US\$ Entwicklungshilfe (also unter 10 % der Gelder aus den USA) an den Sudan verausgabt (Tab. 1).

47 % der Gelder, also knapp 190 Mio. US\$, wurden in diesem Zeitraum für humanitäre Hilfe ausgezahlt. Für den Sicherheitssektor und den Bereich

Tab. 1: ODA-Zahlungen der BRD an den Sudan nach Sektoren (OECD), Mio. US\$, konstante Preise (2012)*

	2002	2003	2004	2005	2006	2007	2008	2009	2010	2011	% der Gesamtzahlungen
Sicherheit	0,8	0,6	0,6	2,2	0,8	1,9	8	5,9	5	4,3	7,5
Regierungsbildung/ Zivilgesellschaft	1,1	1,4	5,8	3,9	2,5	3,7	11,4	10,4	8,7	4,4	13,2
Bildung	8	9,5	8,4	8,8	7,2	6,8	6,6	6,1	6,8	4,8	18
Gesundheit	1,5	1,1	1,2	1,8	2	2,1	2	1,9	1,9		3,7
Humanitäre Hilfe	6,3	3,7	35,9	30,6	26,1	18,6	19	19,2	13,9	16,3	47
Sonstiges	4,4	3	2,3	2,8	17,2	3,5	4,4	2,7	2,8		10,6
Gesamt	21,9	19,3	54,2	50,1	55,8	36,6	51,4	46,2	39,1	27,8	

Quelle: Eigene Darstellung nach OECD 2015

* ODA steht für *Official Development Aid*. Darunter werden alle Zahlungen subsummiert, die offiziell als Entwicklungshilfe gelten.

Regierung/Zivilgesellschaft waren es zusammengenommen 83,4 Mio. US\$, bzw. 20,7 %. Die Beiträge für Bildung und Gesundheit beliefen sich auf 73 bzw. 15,5 Mio. US\$ (18 % und 3,7 %). Diese Daten schließen allerdings den deutschen Pflichtbeitrag zur UNMIS, die u.a. für den Aufbau der südsudanesischen Polizei zuständig war, und weitere Beiträge zu EU und UN Projekten nicht ein. Nach Angaben des AA (2011b) umfasste allein der UNMIS-Pflichtbeitrag zwischen 2005 und 20011 jährlich zwischen 50 und 60 Mio. €.

Der Antwort der Bundesregierung auf eine parlamentarische Anfrage zum Sudan (Deutscher Bundestag 2011a: 5) ist zu entnehmen, dass knapp 43 % der in den Jahren 2006-2010 geleisteten humanitären Hilfe in der sudanesischen Region Darfur verausgabt wurden. Im Südsudan waren es 31 %, in den restlichen Landesteilen 26 %. Die übrigen Entwicklungshilfegelder sind insbesondere in den südsudanesischen Staatsaufbau geflossen. Der oben zitierten Bundestagsdrucksache ist weiter zu entnehmen, dass die Bundesregierung seit 2005 zusätzlich 20 Mio. € in den durch die Weltbank verwalteten *Multi Donor Trust Fund – South* (MDTF-S) eingezahlt hat (Deutscher Bundestag 2011a: 4). Mit diesem Fonds sollte laut Projektbeschreibung der Weltbank (World Bank 2009: 3) nach der Unterzeichnung des CPA gleichzeitig „Staatsaufbau“ und „Friedensbildung“ im Südsudan finanziert werden. Insgesamt hatte die Bundesregierung für den MDTF-S und das Pendant für den Norden, den MDTF-N, 88 Mio. € zugesagt. In letzteren hat sie jedoch aus den gleichen Gründen nie eingezahlt, die bereits für die Einstellung der EZ aufgeführt wurden (Deutscher Bundestag 2011b: 12, 16).

Kleiner gegliederte Angaben sind einer Auflistung der Bundesregierung aus dem Jahr 2010 zu entnehmen: Im Rahmen der Stärkung staatlicher Strukturen im Süden hat die BRD demnach 6 Mio. € für den Aufbau des städtischen Wassersektors, 9 Mio. € für Regierungsaufbau bzw. Verwaltungsreformen, 2 Mio. € für Ernährungssicherung und nachhaltige Landwirtschaft sowie 5 Mio. € für Programme zur Rückführung und Reintegration von Flüchtlingen ausgegeben (Deutscher Bundestag 2011a: 4). Zusätzlich wurden 3,62 Mio. € in Demobilisierungsprogramme investiert, denen mittlerweile in diversen Studien attestiert wurde, keineswegs zu Entmilitarisierung, sondern eher zu neuer Gewalt geführt zu haben (Lacher 2011: 11). Mit knapp 0,5 Mio. € wurden Projekte des Technischen Hilfswerkes in Juba finanziert, mit 0,38 Mio. € Fortbildungsprogramme des Max-Planck-Institutes (MPI) zur Vorbereitung auf das Sezessionsreferendum. 1,3 Mio. € wurden für die Förderung rechtsstaatlicher Strukturen durch dasselbe Institut bereitgestellt. Aus diesem Topf wurde beispielsweise die Erstellung der Übergangsverfassung für den Südsudan finanziert, die zwar mit den Worten „We, the People of Sudan“ beginnt, aber im März 2011 in Zusammenarbeit

mit südsudanesischen Juristen und Parlamentariern im MPI in Heidelberg verfasst wurde (Max-Planck-Gesellschaft 2011). Öffentliche Kritik erfuhr dieses Vorgehen ebenso wenig wie der Entschluss der südsudanesischen Regierung, in dem Verfassungsentwurf „Abyei zum Teil des Staatsgebietes zu erklären – im eklatanten Widerspruch zum CPA“ (Deckert & Simon 2011b). Zuvor hatte das MPI auch Workshops und Beratungen zu Umsetzung des CPA und zur Implementierung föderaler Strukturen sowie Fortbildungen zur Einhaltungen der Menschenrechte angeboten, an denen jeweils Delegierte aus Nord- und Südsudan teilnahmen. Vor dem Hintergrund der deutlichen Interessen al-Bashirs an einem Erhalt seiner Regierungsform und Kiirs an einer Sezession, die gleichzeitig faktisch bereits vorbereitet wurde, mussten derartige Beratungen allerdings ins Leere laufen.

Schlussendlich hat die BRD 0,69 Mio. € zur Vorbereitung der Wahlen im Jahr 2010 ausgegeben, 4,7 Mio. € zur Stärkung von Polizeistrukturen durch die Deutsche Gesellschaft für technische Zusammenarbeit (GTZ) und 1,9 Mio. € zur Unterstützung des UN-Radionetzwerkes Miraya. (Deutscher Bundestag 2011b: 3) Auch im Bereich des zivilen Friedensdienstes beschränken sich die Ausgaben der Bundesregierung auf Projekte im Südsudan. Der Arbeitsgemeinschaft Entwicklungshilfe, dem Deutschen Entwicklungsdienst (jetzt Deutsche Gesellschaft für internationale Zusammenarbeit [GIZ]) und dem Evangelischen Entwicklungsdienst (EED) wurden dafür bis zum Jahr 2013 insgesamt 1,9 Mio. € in Aussicht gestellt.

Im Vergleich zu den Geldern aus den USA ist die Summe der deutschen Entwicklungshilfeszahlungen klein – ein wichtiger Akteur war und ist Deutschland im Südsudan nicht. Ein Großteil der deutschen Entwicklungshilfe ist allerdings in *statebuilding*-Projekte geflossen, die faktisch die Abspaltung des Südsudan vorbereiten halfen und dem Machtausbau der politischen Strukturen der heutigen Regierung innerhalb des Südsudan dienten. Wie dies in der Praxis aussah, soll nun beispielhaft an Programmen der deutschen Gesellschaft für Technische Zusammenarbeit (GTZ, heute GIZ) dargestellt werden.

Die GTZ im Südsudan: Staatsaufbau, Infrastruktur und Stärkung der Polizei

2007 begann im Auftrag des BMZ das GTZ-Vorhaben zur Unterstützung des Staatsaufbaus im Südsudan. Vor allem war die Gesellschaft in den Bereichen *governance*/Verwaltungsreform und Dezentralisierung tätig (Müller 2008: 18). Als Begründung für die Aktivierung dieses Projekts gab

die GTZ damals an, das CPA habe Möglichkeiten für die Neugestaltung der staatlichen und gesellschaftlichen Systeme im Südsudan eröffnet.

Zur Unterstützung des Staatsaufbaus hat die GTZ in Zusammenarbeit mit dem Präsidialamt der GoSS vor allem an der Umstrukturierung von Regierungsinstitutionen gearbeitet. Nach Jahrzehnten des Krieges erkenne das CPA Dezentralisierung und *empowerment* auf allen Staatsebenen als wichtigste Prinzipien für eine effektive und faire Verwaltung und Ressourcenverteilung an, hieß es damals in der Projektbeschreibung. Die Gesellschaft hat die GoSS beispielsweise bei einem Kommunalverwaltungsgesetz beraten, das eine Dezentralisierung der Verwaltungsaufgaben in die Gemeinden vorsieht. Sie betrachtete dieses Gesetz als „Meilenstein“ im Friedensprozess „angesichts der Abwesenheit von Staatlichkeit und der Polarisierung innerhalb der ethnisch heterogenen südsudanesischen Gesellschaft“.⁵ Konflikte entstünden demnach aufgrund von Staatsschwäche und entlang ethnischer Polarisierung. Diese Sicht auf die Notwendigkeit des von westlichen Staaten unterstützten Staatsaufbaus im Südsudan zur Friedenssicherung ist aus mehreren Gründen kritisch zu beurteilen. Sudan-Experten bemängeln seit langem ethnischierende Erklärungsmuster für bewaffnete Konflikte im Sudan (vgl. zum Beispiel Deckert & Simon 2011a; 2011b). Politische Machtverhältnisse, Auseinandersetzungen um Zugang zu Land und Ressourcen sowie wirtschaftliche Interessen würden oft vernachlässigt, geopolitische Eingriffe von außen entweder ausgeblendet oder positiv als Entwicklungs- und Friedenspolitik gewertet (Hainzl 2005; Pabst 2004). Roman Deckert und Tobias Simon weisen zu Recht Bilder einer prähistorischen Gesellschaft und dämonischer Kriegermentalitäten zurück. Ethnische Gräben dienen allerdings zur ideologischen Mobilmachung (Deckert & Simon 2011a) und können durch Zuschreibungen von außen im Rahmen der EZ auch vertieft werden. Dass der Aufbau eines Staates ohne die grundlegende Veränderung sozialer Verhältnisse mit Friedenspolitik gleichgesetzt wird, entbehrt entsprechend jeglicher Grundlage. Vielmehr hat diese Politik zum Ausbau von Klientelstrukturen im Südsudan geführt. Bereits im Jahr 2011 war deutlich erkennbar, dass die Geltendmachung von Macht dominanter Gruppierungen innerhalb der intern gespaltenen Regierung auf Bezirks- und Unterbezirksebenen zugenommen hatte (Deckert & Simon 2011a). Lacher (2011: 19) teilte damals in einer Studie der SWP die Sorge, südsudanesischen Eliten könnten durch die Dezentralisierungsprojekte ihre jeweiligen Herrschaftsinteressen schlicht effizienter durchsetzen. Die GTZ-Politik könne dazu führen, dass die Regierungselite über den Ausbau von Patronagenetzwerken konkurrierende Interessengruppen in den zivilen

5 Seit die GTZ in der GIZ aufgegangen ist, ist die Projektbeschreibung nicht mehr online. Für die aktuelle Projektbeschreibung s. GIZ 2015b.

und militärischen Machtapparat einzubeziehen versucht (ebd.: 21). Die GIZ hält dennoch noch heute daran fest, dass Verwaltungsreformen und Dezentralisierung „ein wichtiger Baustein zum Nation und State Building“ im Südsudan seien (GIZ 2015a). Sie geht dabei fälschlicherweise von einer „gegenwärtigen Post-Konflikt-Situation“ aus (ebd.).

Über Staatsaufbauprogramme hinaus beteiligte sich die GTZ im Auftrag des südsudanesischen Ministeriums für Transport und Straßen sowie des World Food Programme am Ausbau des Straßennetzes. Das größte Projekt zwischen 2004 und 2011 war der Ausbau der Verbindung zwischen den südsudanesischen Städten Narus und Malakal. Malakal ist die Hauptstadt des im Südsudan nordwestlich gelegenen Staates Upper Nile. Narus liegt im südwestlich gelegenen Staat Ost-Equatoria an der Grenze zu Kenia, unweit der ugandischen Grenze. Der Ausbau dieser Straßenverbindung stelle laut Martin Müller, ehemals Mitarbeiter der Abteilung Zentral- und Westafrika der GTZ, eine Grundvoraussetzung für Wiederaufbau und Entwicklung des Landes dar (Müller 2008: 19). Gemäß der Projektbeschreibungen sollten die an der ausgebauten Straße liegenden Städte sowie die Hauptstadt Juba wirtschaftlich an das westlich gelegene Kenia und an Uganda angebunden werden, nicht aber an die sudanesishe Hauptstadt Khartum oder ländliche Regionen im Südsudan. Die Agentur begründete ihre Straßenbauprojekte damit, dass Friedensbemühungen auch von der Rehabilitierung der Infrastruktur abhingen. De facto war sie allerdings nicht darauf ausgerichtet, dem Problem der peripheren Beziehung des Südens zu Khartum oder der Isolierung weiter Bevölkerungsteile entgegenzuwirken. Ob intendiert oder nicht – eine infrastrukturelle Anbindung an Kenia und Uganda war allerdings eine wichtige Voraussetzung für die Sezession des Südsudan.

Ein drittes Betätigungsfeld der GTZ im Südsudan war die Stärkung der Polizei. Diese war ein zentrales Element des Staatsaufbaus und wurde seit 2005 hauptsächlich von UNMIS betrieben. Im Rahmen der UN-Mission waren deutsche Polizeibeamte in Führungsfunktionen vor Ort. Das AA unterstützte den *Southern Sudan Police Service* (SSPS) darüber hinaus zusätzlich mit eigenen Programmen. Die GTZ hat den SSPS in der CPA-Interimsphase vor allem mit Kommunikationsmitteln ausgestattet, mit denen analog zur politischen Dezentralisierung landesweit auf unterschiedlichen staatlichen Ebenen polizeiliche Daten ausgetauscht werden können.

„Mehr als 80 Polizeiposten wurden vollständig mit Funkstationen und Funkausrüstung ausgestattet und über 275 Polizeikräfte in deren Handhabung sowie technischen Grundkenntnissen geschult. Desweiteren wurden bereits über 200 Fahrzeuge mit Funkgeräten ausgestattet.“ (GIZ 2015c)

Polizisten könnten damit „ihre Einsätze besser koordinieren, auf Sicherheitsvorfälle reagieren und die Zivilbevölkerung schützen“ (ebd.). Insgesamt fördere die Stärkung der SSPS den Friedensprozess.

Diese Interpretation wird jedoch durch reale Entwicklungen widerlegt. Zunächst sind die militärischen Strukturen der tief gespaltenen SPLA und die SSPS nicht eindeutig voneinander zu trennen. Ein Großteil der Polizisten im Südsudan besteht aus ehemaligen Kämpfern der SPLA, die ohne Polizeitrainings in die SSPS aufgenommen wurden (Lokuji u.a. 2009: 14; Lacher 2011: 25). Die SSPS orientiere sich den Autoren der Studie „Police Reform in Southern Sudan“ zufolge weder an geltendem Recht noch an Menschenrechten und sei weit davon entfernt, die Basisrechte der Südsudanesen verantwortungsvoll zu schützen (Lokuji u.a. 2009). Abgesehen davon, dass die Polizei als inkompetent und korrupt gilt, bildet sie eine zusätzliche Gefahrenquelle für die Bevölkerung, die von illegaler Besteuerung bis zu Übergriffen und schweren Menschenrechtsverletzungen reicht, u.a. bei von der deutschen Bundesregierung beworbenen und mitfinanzierten Entwaffnungskampagnen (Lacher 2011: 11). In einem von deutscher EZ und anderen westlichen Gebern finanzierten SSPS-Ausbildungszentrum, in dem offiziell Menschenrechtstrainings stattfinden sollten, sind Skandale um schwere Menschenrechtsverletzungen bekannt geworden – innerhalb des Zentrums ebenso wie durch dort geschulte Polizisten an der Bevölkerung (ebd.: 24ff). *Human Rights Watch* berichtete zudem bereits 2009 von menschenrechtswidrigem Vorgehen der SSPS in zahlreichen Fällen, z.B. gegen StudierendenDemonstrationen oder dissidenten SPLM-Fraktionen (HRW 2009: 13). Die Bundesregierung unterstützte also, deklariert als Friedenspolitik, seit 2005 den Aufbau einer Polizei im Südsudan, die für die Bevölkerung eine zusätzliche Quelle der Unsicherheit darstellt.

Schlussfolgerungen:

Staatsaufbau ist kein Synonym für Frieden

Im vorliegenden Beitrag wurde gezeigt, dass die BRD in der CPA-Phase zwar im Südsudan verglichen mit anderen Gebern (hier verglichen mit den USA) kein Akteur von zentraler Bedeutung war, sich dort aber dennoch am Staatsaufbau beteiligt hat. Bei gleichzeitiger Isolierung des Sudan unter al-Bashir wurde mit der SPLM faktisch eine secessionistische Kraft unterstützt. Dabei wurde das umfassende Konfliktpotenzial innerhalb des Südsudan nicht adressiert. Vielmehr wurden politische Kräfte gefördert, die ihrerseits Forderungen nach Demokratisierung und sozialer Veränderung marginalisierten. Auch wenn die Bundesregierung teilweise unentschieden

handelte und zunächst Bemühungen um eine Föderalisierung des Sudan herausstellte, kam das *statebuilding* im Südsudan mit an Sicherheit grenzender Wahrscheinlichkeit einem Schritt in Richtung Abspaltung vom Sudan gleich. Die Machtverhältnisse im Land und secessionistische Bemühungen anderer externer Akteure ließen kaum ein anderes Ergebnis zu.

Für die Bevölkerung im Süden hat sich im Laufe dieser Zeit die Fragestellung verändert, die das Referendum umrahmte. In der öffentlichen Diskussion⁶, wurde vor dem Referendum nicht (mehr) gefragt „Wie kann Frieden erreicht werden?“, sondern „Soll es eine Sezession oder weiterhin Krieg geben?“. Das Abstimmungsergebnis war daher vorauszusehen. Sechs Jahre lang wurde „Friedensbildung“ mit dem Aufbau staatlicher und polizeilicher Strukturen unter Vorherrschaft der SPLM/A gleichgesetzt. In diesem Sinne war die BRD im Südsudan ein (kleiner) Teil der internationalen Gemeinschaft, die faktisch den Alleinvertretungsanspruch Salva Kiirs unterstützt und damit zu einer Verschärfung der gegenwärtigen Spannungen beigetragen hat (Pospisil 2014: 2).

Die Bilanz des Staatsaufbaus, mit dem offiziell eine friedliche Entwicklung möglich gemacht werden sollte, ist verheerend. In nahezu allen Lebensbereichen hat sich die Situation für das Gros der südsudanesischen Bevölkerung seit 2011 massiv verschlechtert, attestiert die SWP. Politisch entwickle sich der Staat zunehmend zu einer Autokratie (Weber 2013a). Sollte es in der politischen Elite des Landes „jemals ernsthafte Bemühungen um eine Transition von einer militärischen Bewegung in eine zivile Regierung gegeben haben, so ist nun endgültig Schluss damit“ (Weber 2013b; vgl. auch Reiff 2011).

Die Interessen der Bundesrepublik, sich am Staatsaufbau im Südsudan zu beteiligen, so wurde argumentiert, sind in erster Linie (macht-)politischer Natur. „Deutschlands Interesse und Einfluss laufen in den multilateralen Foren und Instrumenten zusammen.“ (Lacher 2012: 102) Die BRD strebt z.B. an, in Bündnissen die eigenen Führungskapazitäten auszubauen und Projekte der zivil-militärischen Zusammenarbeit voranzutreiben, für die der Südsudan als konkreter Anwendungsfall gesehen wird. In der UN-Mission im Südsudan eine führende Rolle einzunehmen, ohne sich an dem Staatsaufbau, den die Mission überwachen soll, zu beteiligen, wäre gleichzeitig schwer vertretbar. Auch wenn die BRD und die USA keine gemeinsame Blaupause für ihre Sudan-Politiken hatten – in finanziellem Umfang und Ausrichtung divergieren beide gewaltig – gibt es US-Interessen im Sudan, die auch für

6 Zu dieser hat nebenbei bemerkt auch al-Bashir das seinige beigetragen, weil ihm der Erhalt der politisch-ökonomisch-kulturellen Ausrichtung des Sudan wichtiger war als der Erhalt des Gesamtsudan.

Deutschland von Bedeutung sind. Dazu zählt die politisch-ökonomische Anbindung an eine westlich-neoliberale Ordnung ebenso wie das Ziel, den Einfluss Chinas zumindest einzuschränken. Durch ein zunehmendes ökonomisches, politisches und militärisches Auftreten Chinas und anderer so genannter Schwellenländer wird die Monopolstellung der USA und europäischer Mächte in wirtschaftlichen und politischen Aushandlungsprozessen massiv in Frage gestellt. Im Sudan hat dies etwa dazu beigetragen, dass die Politik der Schwächung al-Bashirs scheiterte. Mit der Sezession Südsudans konnte immerhin sein Einflussbereich verkleinert werden. Das US-Außenministerium hielt eine solche Lösung des Bürgerkriegs „gemessen an der Größe des Sudan, seinem Öl- und Ressourcenreichtum und seiner Lage am volatilen Horn von Afrika“ für „wichtig für die nationalen Interessen der USA in der Region“ (USDoS 2005: 259).

Die USA und Deutschland verfolgen im Sudan/Südsudan also weder eine gemeinsame Strategie noch steht ihre Politik gegeneinander. Es besteht eine Gleichzeitigkeit von eigenständiger Entwicklungspolitik der BRD (die im Vergleich weniger zielstrebig und umfangreich ist) und komplementärem Handeln mit den USA und anderen Gebern.

Ob Geopolitik immer nach Plan verläuft, ist eine andere Frage. Entwicklungen im Südsudan liefern seit Jahren Belege dafür, dass *statebuilding*-Politik nach dem Baukastenprinzip westlicher EZ gemessen an der Annahme, sie Sorge für Frieden und Sicherheit, nicht funktioniert. Etwa der Aufbau einer Polizeistruktur im Südsudan zeigt, dass es – im Sinne Bliesemann de Guevaras – eine Illusion ist, diesen Staat mit Institutionen nach westlichem Vorbild auszustatten und dadurch Konflikte zu beenden.

Die schwarz-rote Bundesregierung formuliert dennoch in ihrer neuen Afrika-Strategie von 2014 bemerkenswert offen, dass diese Form der Außenpolitik in Zukunft ausgebaut werden soll. Erstens will sie in Zukunft eigene wirtschaftliche und machtpolitische Ziele zunehmend auf dem afrikanischen Kontinent verfolgen – u.a. gegenüber Konkurrenten wie China. Zweitens macht die große Koalition aus CDU und SPD deutlich, dass Deutschland mit zivilen und militärischen Mitteln stärker einen eigenen Führungsanspruch vertreten, also nicht nur als Juniorpartner der USA oder ehemaliger Kolonialmächte auftreten will (Bernhold 2014). Analysen deutscher Entwicklungszusammenarbeit als Mittel der Außenpolitik werden damit zunehmend wichtiger. Andersherum werden Forschungsbeiträge über heutigen Imperialismus und Geopolitik zunehmend jene Interventionen einbeziehen müssen, die vorrangig mit entwicklungspolitischen Mitteln durchgeführt werden.

Literatur

- Alnasseri, Sabah (2004): „Imperial(istisch)e Kriege und Kantonisierung oder: die Internationalisierung peripherer Staaten“. In: *PERIPHERIE*, Nr. 96, S. 476-499.
- AI – Amnesty International (2011): *Arms Trade Fuels Violations in Sudan Conflict*. <https://www.amnesty.nl/nieuwsporaal/pers/arms-trade-fuels-violations-in-sudan-conflict>, letzter Aufruf: 30. 9. 2015.
- AA – Auswärtiges Amt (2011a): *Deutschland und Afrika: Konzept der Bundesregierung*. <http://www.auswaertiges-amt.de/cae/servlet/contentblob/581096/publicationFile/155321/110615-Afrika-Konzept-download.pdf%22>, letzter Aufruf: 29. 9. 2015.
- AA – Auswärtiges Amt (2011b): *Deutsche Beteiligung an UNMIS*. http://www.auswaertigesamt.de/DE/Aussenpolitik/RegionaleSchwerpunkte/Afrika/Sudan/UNMIS_node.html, letzter Aufruf: 2. 1. 2015.
- Barbara, Julien (2008): „Rethinking Neo-Liberal State Building: Building Post-Conflict Development States“. In: *Development in Practice*, Bd. 18, Nr. 3, S. 307-318.
- Bernhold, Christin (2012): „Divide et Impera – Deutsche und US-amerikanische Entwicklungszusammenarbeit als Sezessionshilfe für den Süd-Sudan“. In: Informationsstelle Militarisierung e.V. (Hg.): *IMI-Studie*, Bd. 16.
- Bernhold, Christin (2014): „Die ‘neue’ Afrika-Politik der BRD. ‘Chancenkontinent’ deutscher Wirtschafts- und Machtpolitik“. In: Informationsstelle Militarisierung e.V. (Hg.): *Ausdruck*, Bd. 3, S. 9-14.
- Biel, Melha R. (2007a): „Der Sudan nach dem Umfassenden Frieden (CPA)“. In: Biel, Melha R., & Olaf Leiß (Hg.): *Politik in Ostafrika – Zwischen Staatszerfall und Konsolidierung*. Frankfurt a.M.
- Biel, Melha R. (2007b): *Elite im Sudan: Bedeutung, Einfluss und Verantwortung*. Frankfurt a.M.
- Bliesemann de Guevara, Berit (2010): „Introduction: The Limits of Statebuilding and the Analysis of State-Formation“. In: *Journal of Intervention and Statebuilding*, Bd. 4, Nr. 2, S. 111-128.
- Bliesemann de Guevara, Berit, & Florian P. Kühn (2010): *Illusion Statebuilding. Warum sich der westliche Staat so schwer exportieren lässt*. Hamburg.
- BMZ – Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (2011): *Die Partnerländer der deutschen Entwicklungszusammenarbeit: Südsudan*. http://www.bmz.de/de/was_wir_machen/laender_regionen/subsahara/suedsudan/index.html, letzter Aufruf: 2. 1. 2015.
- Bundesregierung (2010): *Länderkonzept Sudan*. <http://www.auswaertiges-amt.de/cae/servlet/contentblob/584318/publicationFile/156379/Sudankonzept.pdf>, letzter Aufruf: 27. 12. 2014.
- Callinicos, Alex (2009): *Imperialism and Global Political Economy*. Cambridge.
- Concordis International (2010) (Hg.): *More than a Line: Sudan's North-South Border*. Concordis International Sudan Report, <http://www.usip.org/sites/default/files/Grants-Fellows/GrantsDownloadsNotApps/More%20than%20a%20line,%20Sudan%27s%20N-S%20border,%20092010.pdf>, letzter Aufruf: 30. 12. 2014.
- Dagne, Ted (2011): *The Republic of South Sudan: Opportunities and Challenges for Africa's Newest Country. Congressional Research Service (CRS) Report for Congress*. <http://www.fas.org/sgp/crs/row/R41900.pdf>, letzter Aufruf: 28. 12. 2014.
- Deckert, Roman (2008): *Deutsches Kriegsgerät im Sudan*. <https://www.dfg-vk.de/thematisches/kleinwaffen-aechten/2008/288>, letzter Aufruf: 2. 1. 2015.
- Deckert, Roman, & Tobias Simon (2011a): „Warum die Kämpfe im Südsudan keine ‘Stammeskriege’ sind“. In: *Zenith. Zeitschrift für den Orient*, <http://www.zenithonline.de/deutsch/politik/a/artikel/warum-die-kaempfe-im-suedsudan-keine-stammeskriege-sind-002154/>, letzter Aufruf: 27. 12. 2014.

- Deckert, Roman, & Tobias Simon (2011b): „Neue Gewalt im Südsudan: Böser Norden vs. Guter Süden?“ In: *Informationsprojekt Naher und Mittlerer Osten e.V.*, Bd. 66, S. 66-69.
- Deckert, Roman, & Tobias Simon (2013): „‘Putschversuch’ und ‘Propheten der Verdammnis’ in Juba“. In: *Zenith. Zeitschrift für den Orient*, <http://www.zenithonline.de/deutsch/politik/a/artikel/putschversuch-und-propheten-der-verdammnis-in-juba-003981/>, letzter Aufruf: 29. 9. 2015
- Deckert, Roman, & Tobias Simon (2014): „Südsudan und Sudan: Die Brüder Bashir und Kiir“. In: *Informationsprojekt Naher und Mittlerer Osten e.V.*, Bd. 77, S. 67-68.
- Deppe, Frank (2015): *Der Staat*. Köln.
- Deppe, Frank; Stephan Heidbrink; David Salomon; Stefan Schmalz; Stefan Schoppengerd & Ingar Solty (2004): *Der neue Imperialismus*. Heilbronn.
- Deutscher Bundestag (2010): *Plenarprotokoll 17/39*.
- Deutscher Bundestag (2011a): *Drucksache 17/4416*.
- Deutscher Bundestag (2011b): *Drucksache 17/5814*.
- De Waal, Alex (2010): „Zeit der Entscheidungen im Sudan: Szenarien über das Friedensabkommen hinaus“. In: Heinrich-Böll-Stiftung (Hg.): *Sudan – kein leichter Weg in die Zukunft*. Berlin, S. 10-30.
- De Waal, Alex (2014a): „Violence and Peacemaking in the Political Marketplace“. In: *Accord*, Bd. 25, S. 17-20.
- De Waal, Alex (2014b): *The Political Marketplace: Analyzing Political Entrepreneurs and Political Bargaining with a Business Lens*. http://sites.tufts.edu/reinventingpeace/files/2014/10/Political-Marketplace_de-Waal.pdf, letzter Aufruf: 29. 9. 2015.
- De Waal, Alex (2015): „South Sudan: Why a Political Crackdown Accompanies a Peace Agreement“. In: *African Arguments*, <http://africanarguments.org/2015/09/11/south-sudan-why-a-political-crackdown-accompanies-a-peace-agreement/>, letzter Aufruf: 29. 9. 2015
- epo – Entwicklungspolitik Online (2005): *BMZ nimmt Entwicklung-Zusammenarbeit mit Südsudan auf*. http://www.epo.de/index.php?option=com_content&view=article&id=1162:bmz-nimmt-entwicklungszusammenarbeit-mit-sd-sudan-auf&catid=45&Itemid=90, letzter Aufruf: 1. 10. 2015.
- GIZ – Gesellschaft für Internationale Zusammenarbeit (2015a): *Südsudan*. <http://www.giz.de/de/weltweit/313.html>, letzter Aufruf: 2. 1. 2015.
- GIZ – Gesellschaft für Internationale Zusammenarbeit (2015b): *Südsudan. Unterstützung der Verwaltungsreform und der Dezentralisierung*. <http://www.giz.de/de/weltweit/24192.html>, letzter Aufruf: 2. 1. 2015.
- GIZ – Gesellschaft für Internationale Zusammenarbeit (2015c): *Stärkung der Funktionsfähigkeit der Polizei im Südsudan*. <http://www.giz.de/de/weltweit/20622.html>, letzter Aufruf: 2. 1. 2015.
- GoS – Government of Sudan & SPLM/A – Sudan People’s Liberation Movement/Army (2005): *Comprehensive Peace Agreement between The Government of The Republic of The Sudan (GoS) and The Sudan People’s Liberation Movement/Sudan People’s Liberation Army*. https://peaceaccords.nd.edu/site_media/media/accords/SudanCPA.pdf, letzter Aufruf: 28. 12. 2014.
- Hagmann, Tobias, & Didier Péclard (2010): „Negotiating Statehood: Dynamics of Power and Domination in Africa“. In: *Development and Change*, Bd. 41, Nr. 4, S. 539-562.
- Hainzl, Gerald (2005): „Sudan. Zwischen Krieg und Frieden“. In: Feichtinger, Walter (Hg.): *IFK Aktuell*, Nr. 1/2005, http://www.bmlv.gv.at/pdf_pool/publikationen/0404ifkaktuell.pdf, letzter Aufruf: 27. 12. 2014.
- Harvey, David (2005): *Der neue Imperialismus*. Hamburg.
- Harvey, David (2007a): *Räume der Neoliberalisierung. Zur Theorie der ungleichen Entwicklung*. Hamburg.

- Harvey, David (2007b): „In What Ways ts ‘The New Imperialism’ Really New?“ In: *Historical Materialism*, Bd. 15, Nr. 3, S. 57-70.
- House Of Lords (2011): *Foreign Affairs, Defence and Development Policy. The EU’s Conflict Prevention and Peace-keeping role in Sudan*. <http://www.parliament.uk/documents/lords-committees/eu-sub-com-c/sudan/sudanoralwritevidence.pdf>, letzter Aufruf: 1. 1. 2015.
- HRW – Human Rights Watch (2009): *Sudan. „There is no Protection“. Insecurity and Human Rights in Southern Sudan*. http://www.hrw.org/sites/default/files/reports/southsudan0209_webwcover.pdf, letzter Aufruf: 2. 2. 2015.
- HRW – Human Rights Watch (2010): *Sudan: Abuses Undermine Impending Elections. End Rights Violations, Ensure Free and Fair Process*. <http://www.hrw.org/news/2010/01/24/sudan-abuses-undermine-impending-elections>, letzter Aufruf: 30. 12. 2014.
- Kahrs, Reiner (2010): *Das Geheimnis des Waffenschiffes „Faina“*. Das ARD Radio Feature. Radio Bremen.
- Klein, Angelika (2012): „Jeder hat seinen Süden“. *Die Sezession des Südsudan als Präzedenzfall für Afrika?* <http://www.kas.de/uganda/de/publications/29916/>, letzter Aufruf: 27. 12. 2014.
- Lacher, Wolfram (2011): *Staatsaufbau im Südsudan. Rahmenbedingungen, Erfolgsaussichten und Grenzen internationalen Statebuildings*. Berlin.
- Lacher, Wolfram (2012): „Die beiden Sudans und internationale Politik: Welche Rolle soll Deutschland spielen?“ In: Heinrich-Böll-Stiftung (Hg.): *Der Sudan nach der Teilung. Neue Lösungsansätze für eine neue Region*. Berlin, S. 82-106.
- Lenin, Wladimir Iljitsch (1974 [1917]): „Staat und Revolution“. In: Institut für Marxismus-Leninismus beim ZK der KPdSU (Hg.): W.I. Lenin. Werke. Bd. 25. Moskau. S. 393-507.
- Lokuji, Alfred S.; Abraham S. Abathne & Chaplain K. Wani (2009): *Police Reform in Southern Sudan*. The North-South Institute. <http://www.nsiins.ca/content/download/SSR%20Sudan.pdf>, letzter Aufruf: 2. 1. 2015.
- Marischka, Christoph (2010): „Staatsbildungskrieg im Sudan und die Gefahr der Sezessionsspirale“. In: Informationsstelle Militarisierung e.V. (Hg.): *Ausdruck*, Bd. 4, S. 26-29.
- Max-Planck-Gesellschaft (2011): *Südsudan fit für die Zukunft als eigener Staat*. <http://www.mpg.de/1222623/Suedsudan>, letzter Aufruf: 2. 1. 2015.
- Müller, Martin (2008): *Entwicklungszusammenarbeit in der Praxis. Die Arbeit der GTZ an den Beispielen Ghana und Südsudan*. http://www.unitrier.de/fileadmin/fb6/prof/RAU/Lehre/Afrika_VL_07_Mueller.pdf, letzter Aufruf: 2. 1. 2015.
- OECD – Organisation for Economic Co-Operation and Development (2015): *OECD. StatExtracts*. <http://stats.oecd.org/>, letzter Aufruf: 1. 1. 2015
- Pabst, Martin (2004): „Der Sudan – Land der Gegensätze“. In: *Österreichische Militärische Zeitschrift*, Nr. 1/2004, <http://www.bmlv.gv.at/omz/ausgaben/artikel.php?id=172>, letzter Aufruf: 27. 12. 2014.
- Paech, Norman (2011): „Öl, Krieg und Spaltung“. In: *Ossietzky*, Nr. 1/2011. <http://www.sopos.org/aufsaeetze/4d2a1cb660bd3/1.phtml>, letzter Aufruf: 30. 12. 2014.
- Peter, Marina (1992): „Sudan: Sezession als Konfliktlösungsstrategie?“ In: *EPK – Entwicklungspolitische Korrespondenz*, Bd. 4, S. 18f.
- Pospisil, Jan (2014): *Bürgerkrieg im Südsudan: Blutige Ethnopolitik und ein verfehltes internationales Engagement*. Österreichisches Institut für Internationale Politik. Policy Paper 3/2014.
- Pospisil, Jan (2015): *Ein Schritt weiter in die Sackgasse? Kritische Anmerkungen zum „finalen“ Friedensabkommen für den Südsudan*. Österreichisches Institut für Internationale Politik. Policy Paper 5/2015.
- Poulantzas, Nicos (2002 [1978]): *Staatstheorie. Politischer Überbau, Ideologie, Autoritärer Etatismus*. Hamburg.

- Rands, Richard (2010): *In Need of Review: SPLA Transformation in 2006-10 and beyond*. <http://www.smallarmssurveysudan.org/fileadmin/docs/working-papers/HSBA-WP-23-SPLA-Transformation-2006-10-and-Beyond.pdf>, letzter Aufruf: 1. 1. 2015.
- Ranneberger, Michael (2009): *Kenya Responds to Sudan Tank Demarche. Secret Section 01 of 02 Nairobi 002497*. <http://wikileaks.org/cable/2009/12/09NAIROBI2497.html>, letzter Aufruf: 1. 1. 2015.
- Reiff, Susanne (2011): *Neuer Staat, endlich Frieden? Lehre des „Statebuilding“ vom Kosovo über Somaliland bis zum Südsudan*. <http://library.fes.de/pdf-files/gpi/08979.pdf>, letzter Aufruf: 8. 10. 2015.
- Renmack, Dianne E. (2005): *Sudan: Economic Sanctions. Congressional Research Service (CRS) Report for Congress*. <http://www.au.af.mil/au/awc/awcgate/crs/rl32606.pdf>, letzter Aufruf: 1. 1. 2015.
- Rolandsen, Øystein H. (2015): „Another Civil War in South Sudan: The Failure of Guerrilla Government?“ In: *Journal of Eastern African Studies*, Bd. 9, Nr. 1, S. 163-174.
- Rühl, Bettina (2014): *Südsudan. Gebremster Aufbruch nach der Unabhängigkeit*. http://www.deutschlandfunk.de/suedsudan-gebremster-aufbruch-nach-der-unabhaengigkeit.724.de.html?dram:article_id=298974, letzter Aufruf: 2. 1. 2015.
- Simpson, Erin (2006): „Security and Development after 9-11: Key Issues for Aid“. In: *CCIC-Au Courant*, Bd. 14, Nr. 1, S. 1-3.
- ten Brink, Tobias (2008): *Staatenkonflikte. Zur Analyse von Geopolitik und Imperialismus. Ein Überblick*. Stuttgart.
- USAID – US Agency for International Development (2003): *Interim Strategic Plan For Sudan, 2004-2006*. http://pdf.usaid.gov/pdf_docs/PDABY645.pdf, letzter Aufruf: 1. 1. 2015.
- USAID – US Agency for International Development (2005): *Strategy Statement 2006-08*. http://pdf.usaid.gov/pdf_docs/Pdaci041.pdf, letzter Aufruf: 13. 10. 2015.
- USAID – US Agency for International Development (2009): *South Sudan: Post-Conflict Economic Recovery and Growth. An Agenda for USAID Engagement*. http://pdf.usaid.gov/pdf_docs/PNADR011.pdf, letzter Aufruf: 1. 1. 2015.
- USAID – US Agency for International Development (2011): *South Sudan Transition Strategy 2011-2013*. http://www.usaid.gov/sites/default/files/documents/1860/south_sudan_transition_strategy_full.pdf, letzter Aufruf: 28. 12. 2014.
- US Congress (2006): *Darfur Peace and Accountability Act of 2006*. <http://www.treasury.gov/resource-center/sanctions/Documents/dpaa.pdf>, letzter Aufruf: 1. 1. 2015.
- USDOS – US Department of State (2005, 2008, 2009, 2010, 2011, 2012): *Congressional Budget Justification for Foreign Operations*. <http://www.state.gov/f/releases/iab/>, letzter Aufruf: 1. 1. 2015.
- USDOS – US Department of State (2010a): *Presidential Policy Directive on Global Development*. <http://www.state.gov/ppd/index.htm>, letzter Aufruf: 1. 1. 2015.
- USDOS – US Department of State & USAID – US Agency for International Development (2005): *US Foreign Assistance Reference Guide*. http://pdf.usaid.gov/pdf_docs/PNADC240.pdf, letzter Aufruf: 1. 1. 2015.
- USDOT – US Department of the Treasury (2009): *Effectiveness of U.S. Economic Sanctions with Respect to Sudan*. http://www.treasury.gov/resource-center/sanctions/Documents/sudan_report_030509.pdf, letzter Aufruf: 1. 1. 2015.
- USODA – US Official Development Assistance Database (2005): *U.S. Official Development Assistance (ODA) Fast Facts: CY 2005 Top Ten Recipients*. <https://eads.usaid.gov/usoda/>, letzter Aufruf: 24. 12. 2014.
- Wagner, Jürgen (2008): *Mit Sicherheit keine Entwicklung! Die Militarisierung der Entwicklungszusammenarbeit*. <http://www.imi-online.de/download/EZ-Broschuere-Oktober2008.pdf>, letzter Aufruf: 1. 10. 2015.

- Wagner, Jürgen (2011): „Südsudan: Neue Heimat für AFRICOM?“ In: Informationsstelle Militarisierung e.V. (Hg.): *Ausdruck*, Bd. 2, S. 4-7.
- Walkley, Mary A., & Christin Bernhold (2009): „Wir müssen uns das Recht auf Stadt zurückerobern. Interview mit David Harvey über den neuen Imperialismus und den Kampf gegen eine neoliberale Stadtpolitik“. In: *ak*, Nr. 542, https://www.akweb.de/ak_s/ak542/web_08.htm, letzter Aufruf: 12. 10. 2015.
- Weber, Annette (2013a): *Transformationsstau im Südsudan. Verzögerte Reform des Sicherheitssektors bei wachsender Autokratie*. Berlin.
- Weber, Annette (2013b): *Das Ende der demokratischen Transition im Südsudan*. Berlin.
- World Bank (2009): *Turning The Corner. Multi-Donor Trust Fund for Southern Sudan*. <http://siteresources.worldbank.org/INTAFRMDTF/Resources/Sudan-MDTF-S-AR-0729.pdf>, letzter Aufruf: 2. 1. 2015.
- Zeller, Christian (2004): „Ein neuer Kapitalismus und ein neuer Imperialismus?“ In: Zeller, Christian (Hg.): *Die globale Enteignungsökonomie*. Münster. S. 61-125.

Anschrift der Autorin:

Christin Bernhold

christin.bernhold@geo.uzh.ch

VERLAG WESTFÄLISCHES DAMPFBOOT



*Gerhard Hauck, Ilse Lenz,
Hanns Wienold (Hrsg.)*

Entwicklung, Gewalt, Gedächtnis

2015 - 407 Seiten - € 39,90
ISBN: 978-3-89691-720-1

Die postkolonialen Gesellschaften in Afrika, Lateinamerika und Asien zeigen heute eine eigene „Grammatik“ von Staatlichkeit und des Verhältnisses von Politik und Ökonomie. Blockierte Modernisierung, aufgezwungene Territorialisierungen und ethnisierte Grenzziehungen hinterlassen Gewalt provozierende Spuren, die nur mühsam aufgearbeitet werden können

WWW.DAMPFBOOT-VERLAG.DE

